

zent ihrer Zuläufe, nachdem in der Lausitz der Braunkohlebergbau eingestellt wurde und das sogenannte Sumpfwasser aus dem Bergbau nicht mehr in den Fluß sickert.

Ein Wasser-Konzept hat der CDU-Politiker bislang nicht. Jedenfalls möchte Hassemer den ökologisch bedenklichen Raub in fernen Revieren vermeiden.

Solche Skrupel sind dem Abteilungsleiter im Schweriner Umweltministerium, Günther Leymann, fremd: Den Frankfurter Forschern bescheinigt der Fernwasser-Fan „ignorante Unkenntnis“ und empfahl ihnen, ihr „Machwerk“ wieder einzuziehen.

Ausländer

Zweierlei Maß

Bonn will 20 000 Gastarbeiter aus der alten DDR abschieben – gegen den Protest von Arbeitgebern und ostdeutschen Politikern.

Seit mehr als einem Monat sitzt Jesús Valdéz, 28, dort, wo ihn sein Chef am wenigsten gebrauchen kann: auf dem Sofa zu Hause. Arbeiten darf der Kubaner nicht mehr, denn für seinen Job, so das Arbeitsamt, „stehen deutsche und bevorrechtigte Arbeitnehmer zur Verfügung“.

Sein Chef Albert Preißel, Personalleiter der Weimar-Werk Baumaschinen GmbH, ist empört. Valdéz, sein „bester Mann am Schweißgerät“, soll abgeschoben werden, und Preißel weiß nicht, wie er ohne den Kubaner auskommen soll: „Hier im Osten ist kein Ersatz zu finden.“

Sechs Jahre lang hat Valdéz in der Baumaschinenfabrik als Brennschneider gearbeitet. 1986 kam er als Vertragsarbeiter aus Kuba nach Weimar. Das Honecker-Regime hatte ihn als preiswerte Hilfskraft in Havanna angeworben. Wie Valdéz kamen mehrere hunderttausend Gastarbeiter aus Vietnam, Angola, Mosambik und Kuba in die DDR, die seit 1979 mit den Ausländern ihren chronischen Arbeitskräftemangel beheben wollte.

Jetzt, nach der Wende, werden Valdéz und seine Kollegen nicht mehr benötigt, sie sollen abgeschoben werden.

90 000 ausländische Vertragsarbeiter lebten vor dem Fall der Mauer in der DDR. In betriebseigenen Wohnheimen waren sie von fast allen Kontakten zu Deutschen abgeschottet. „Die wurden eingekauft wie Sklaven“, sagt Brandenburgs Ausländerbeauftragte Almut Berger. „Schwangere Frauen hatten die Wahl zwischen Ausreise und Abtreibung. An Wohnfläche wurden den angeblichen Staatsgästen gerade fünf Quadratmeter pro Person zugestanden.“

Im wiedervereinigten Deutschland bekamen die Gastarbeiter als erste zu spüren, daß sie als Konkurrenten um knappe Arbeitsplätze nicht erwünscht sind. In vielen Firmen, etwa in Leipzig und Berlin, protestierten ganze Belegschaften gegen die Konkurrenz aus dem Ausland.

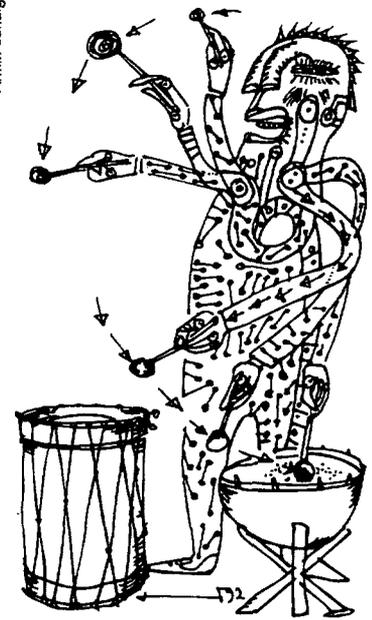
Schon die DDR-Regierung unter Lothar de Maizière versuchte 1990, die Heimkehr der ungeliebten Ausländer mit Schuldenerlassen und Krediten für deren Heimatländer voranzutreiben. Die Bundesregierung setzte später noch eine Rückkehrprämie von 3000



Gastarbeiter Valdéz, Personalchef Preißel: „Bester Mann am Schweißgerät“

Lautsprecher im Test (8)

Armin Sondig



„Dynamisch, klangneutral, baßstark und pegelfest – so läßt sich das... Ergebnis zusammenfassen.“

Aus einem Testbericht der Fachzeitschrift *stereoplay* (9/92) über die Canton Lautsprecher-Box Forum 601



- Standbox Forum 601
- Dreiwegsystem, Baßreflex
- Belastbarkeit 100/150 Watt
- Gehäuse schwarz
- 24 x 90 x 27 cm (B x H x T)

CANTON

Die reine Musik

Mehr darüber:
Postfach 61, 6395 Weilrod

Mark für die Vertragsarbeiter drauf. Die meisten akzeptierten klaglos.

Zur Zeit leben noch etwa 20 000 Gastarbeiter in den neuen Ländern. Kaum 15 Prozent, so die Schätzungen, arbeiten noch in ihrem alten Job. Immer mehr flüchten sich in Schwarzmarktgeschäfte mit geschmuggelten Zigaretten oder Alkohol.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen bis spätestens Ende 1994 auch die letzten von ihnen in ihre Heimat zurückkehren. Laut Einigungsvertrag war das Bleiberecht in der alten DDR auf die Dauer des Arbeitsvertrages beschränkt, in der Regel vier bis fünf Jahre. Entsprechend bekamen Gastarbeiter Ost, die weniger als acht Jahre im Lande sind, vom vereinigten Deutschland ihren Aufenthalt lediglich „bewilligt“, nicht aber „erlaubt“ – amtlich

Die Regierungen aller neuen Länder haben inzwischen einen Abschiebestopp für Vertragsarbeiter erlassen. Im Bundesrat will das Land Brandenburg Ende des Monats eine Gesetzesinitiative einbringen, um den Gastarbeitern den Aufenthalt weiterhin zu ermöglichen. Sachsen, Berlin und Sachsen-Anhalt wollen sich dem Vorstoß anschließen. Auch der Innenausschuß des Bundestags befaßt sich derzeit mit einer möglichen Aufenthaltserlaubnis für die DDR-Gastarbeiter.

Wichtigstes Argument gegen den geplanten Rauswurf: Ein Bleiberecht wurde auch in der alten Bundesrepublik den Gastarbeitern zugesprochen, die nach massiven Anwerbeaktionen Ende der sechziger Jahre aus Südeuropa ins Land geströmt waren. „Warum“, fragt also Ausländerexpertin Berger, „wird jetzt mit zweierlei Maß gemessen?“

„Großzügig und mit Anstand“ will auch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, das Problem gelöst wissen, um die Betroffenen vor der Abschiebung zu schützen: „Einfach abwarten, bis so gut wie niemand mehr hier ist“, so die FDP-Politikerin, „das darf nicht sein.“

Bundesinnenminister Seiters bleibt jedoch stur; er beruft sich darauf, daß die Länder dem Einigungsvertrag zugestimmt hätten, in dem für DDR-Gastarbeiter kein Bleiberecht vorgesehen sei. Seiters:

„Dieser Personenkreis konnte zu keinem Zeitpunkt darauf vertrauen, auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben zu dürfen.“

„Fatale Folgen“ hat des Ministers „starre Haltung“ nach Meinung des Weimarer Ausländerbeauftragten Michael Hugo. Damit erreiche die Bundesregierung „doch nur, daß die meisten Betroffenen sich ins Asylrecht flüchten“. Etwa 4000 ehemalige Vertragsarbeiter, so Hugo, hätten bereits einen Antrag gestellt. Täglich würden es mehr.

Im Antrag auf Asyl sieht inzwischen auch Jesús Valdéz seine letzte Chance. In Kuba könne er keine Arbeit finden, sagt er. „Aus dem Fernsehen“ wisse er, „daß das mit Asyl nicht beliebt ist bei Deutschen, aber was soll ich machen? Ich habe Angst um meine Familie“.

FREMDE IST DER FREMDE



NUR IN D...

Ausländerbeauftragte Berger: „Eingekauft wie Sklaven“

ches Kürzel dafür, daß sie nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages jederzeit weggeschickt werden können.

Bei Jesús Valdéz war es Ende August soweit, seither wartet er auf seine Ausweisung. „So eine Verrücktheit“ will sein Chef nicht hinnehmen. Personalleiter Preißel, zugleich CDU-Abgeordneter im Weimarer Stadtparlament, schrieb an die Ausländerbeauftragte, die Bundesanstalt für Arbeit, die Thüringer Landesregierung und die Bundesregierung.

Bei seinen Protesten gegen die Ausweisungspolitik von Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) bekommt Preißel inzwischen Unterstützung von vielen Seiten: Bürgermeister, Arbeitgeber und evangelische Bischöfe aus Ostdeutschland verwandten sich in Protestschreiben an das Innenministerium für ein Bleiberecht der Gastarbeiter.

Das Outfit der Gesundheit



Erfolg erfordert vollen Einsatz – und daher mehr Vitamine und Mineralstoffe! Denn Stress, Zeitdruck und eine unausgewogene Ernährung erhöhen den Bedarf an diesen lebensnotwendigen Vitalstoffen deutlich.

Multivitol®

12 Vitamine 5 Mineralstoffe 4 Spurenelemente

beugt Mangelerscheinungen vor und sorgt für eine ausgewogene Rundumversorgung.



Der 3-fach Schutz!

Multivitol® (Filmtabletten) zur Vorbeugung und Behandlung von Mineralstoff- und Vitamin-Mangelzuständen. Bei chronischen, akuten oder fiebrigen Infekten, während der Schwangerschaft sowie bei Einnahme von Arzneimitteln zur Empfängnisverhütung. Nicht anwenden bei Eisenverwertungsstörungen sowie vorliegender Eisernkulation (z. B. Eisenspeicherkrankheit), bei Jodüberempfindlichkeit, Schilddrüsenüberfunktion und geschwächter Herzfunktion (dekompensierte Herzinsuffizienz). Multivitol eignet sich nicht zur Behandlung von speziellen schweren Vitaminmangelzuständen (z. B. Beriberi, Skorbit o. ä.) und der Perniziösen Anämie (eine durch Vitamin B₁₂-Mangel ausgelöste schwere Blutarmut). Es ist auch nicht für Kinder bestimmt. Nebenwirkungen sind nicht bekannt; in seltenen Fällen kann das enthaltene Eisen zu Unverträglichkeiten im Magen und Darm führen. Durch die Zufuhr von Vitamin B₂ kommt es zu intensiver Gelbfärbung des Urins. HERMES ARZNEIMITTEL GMBH 8023 Großhesselohe/München.